



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die

Die politische Lage in Deutschland
Hervorragende Wirtschaftsentwicklung
 Rückenwind für deutsche Industrie und mittelständische Wirtschaft

Deutschland besitzt ein Erfolgsmodell: Die Soziale Marktwirtschaft. Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung für das Jahr 2014, der in dieser Woche im Mittelpunkt der parlamentarischen Beratungen stand, richtet die Aufmerksamkeit auf dieses Modell. Denn es enthält ein nach wie vor gültiges Versprechen, das bereits Ludwig Erhard formuliert hatte: Wohlstand für alle. Die Voraussetzungen hierfür sind gut. Denn die hervorragende Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung für das Jahr 2014 zeigt, dass die deutsche Industrie und die mittelständische Wirtschaft weiter Rückenwind haben. Die deutsche Wirtschaft wird in diesem Jahr deutlich wachsen.

Deutschland hält beim Wirtschaftswachstum eine Spitzenposition im europäischen Vergleich. Auf dem Arbeitsmarkt herrscht Rekordbeschäftigung. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie ist hoch. Unser Land gilt als ein Paradebeispiel dafür, wie es gelingen kann, durch industrielle Wertschöpfung, Strukturreformen und Innovationspolitik sowohl Wettbewerbsfähigkeit als auch ein hohes Beschäftigungsniveau zu sichern. Diese gute Entwicklung wollen wir stärken und ausbauen. Wir alle dürfen uns nicht auf diesen Lorbeeren ausruhen. Wir müssen den wirtschaftlichen Erfolgskurs vielmehr weiter flankieren und unterstützen. Gleichzeitig müssen jegliche Maßnahmen vermieden werden, die die positive Entwicklung und das Wachstum wieder verlangsamen oder gar gefährden könnten.

Denn wir stehen weiterhin vor erheblichen Herausforderungen. Deutschland hat im internationalen Vergleich ein geringes Investitionsniveau. Defizite existieren auch im Bereich der Infrastruktur, u.a. im Verkehrsbereich und bei den Informations- und Kommunikationstechnologien. Die Umsetzung von Forschung und Entwicklung in industrielle Prozesse dauert zu lange und die Zahl an Unternehmensgründungen ist insbesondere in technologiebezogenen Bereichen rückläufig. Die deutsche Energieversorgung befindet sich in einem grundlegenden Umbau, hin zu einem überwiegenden Anteil erneuerbarer Energien und mehr Energieeffizienz. Außerdem ist die Euro-Krise noch nicht endgültig überwunden. Und nicht zuletzt stellt der Bevölkerungswandel die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit gut ausgebildeten Fachkräften auf die Probe. Wir wollen diesen Herausforderungen im intensiven Dialog und in einer vertrauensvollen Kooperation mit Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften gemeinsam begegnen. Ein wichtiger Schritt wird hierzu sein, Blockaden aufzulösen und scheinbare Gegensätze miteinander in Einklang zu bringen.

Wir begrüßen daher, dass der diesjährige Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung an der bewährten Wirtschaftsstrategie der vergangenen unionsgeführten Bundesregierungen festhält. Die positive wirtschaftliche Einschätzung der Bundesregierung deckt sich mit denen aus der Wirtschaft. So hat auch der Deutsche Industrie- und Handelskammertag seine Prognose für 2014 von 1,7 auf 2 Prozent erhöht. Die Stimmung bei den deutschen Unternehmen ist offenbar gut. Besonders positiv zu bewerten ist

auch das Bekenntnis der Großen Koalition zur weiteren Haushaltskonsolidierung. Auch die geplante Absenkung der gesamtstaatlichen Schuldenstandsquote auf unter 70 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) bis Ende 2017 und auf unter 60 Prozent des BIP innerhalb von zehn Jahren ist ein ermutigendes Signal.

Die positive Wirtschaftsentwicklung und die Rekordbeschäftigung sind aber keine Selbstläufer. So gilt es etwa, beim Thema Arbeitsmarkt größte Sorgfalt bezüglich neuer Gesetzgebung an den Tag zu legen. Ein Mindestlohn darf keine Arbeitsplätze gefährden. Darauf werden wir bei der Ausgestaltung ganz besonders achten. Wir wollen keine zusätzlichen Anreize für den Zuwachs von Schattenwirtschaft. Dagegen wollen wir weiter daran festhalten, die Sozialversicherungsbeiträge konstant unter 40 Prozent zu halten. Auch die rentenpolitischen Vorhaben erfordern viel Augenmaß bei der Umsetzung. Im Angesicht des demografischen Wandels werden wir uns alle zukünftig eher auf eine längere Lebensarbeitszeit einstellen müssen. Fehlanreize z.B. für neue Frühverrentungs-Wellen sind also zu vermeiden. Weitere wichtige Themen werden der Bürokratieabbau, die Eindämmung der kalten Progression sowie weitere Erleichterungen im Unternehmenssteuerrecht sein.

Wir freuen uns, dass der Bundeswirtschaftsminister auf ein ideologiefreies Verhältnis von Markt und Staat setzt und Deutschland im Sinne von "So viel Markt wie möglich und so wenig Staat wie nötig" voranbringen möchte. Hier hat er unsere volle Unterstützung.

Den digitalen Wandel gestalten

Erstmals in der Geschichte des Bundestages wird es einen ständigen Ausschuss geben, der sich mit Fragen der Netzwelt beschäftigt. Der Ausschuss mit dem Namen „Digitale Agenda“ wurde in dieser Woche eingesetzt. Dem Ausschuss gehören 16 Mitglieder an, darunter sieben Christdemokraten und mit Maik Beermann auch ein Mitglied unserer Landesgruppe.

Mit diesem Ausschuss wird eine parlamentarische Plattform geschaffen, auf der die fortschreitende Digitalisierung unserer Gesellschaft in allen Bereichen nicht nur begleitet, sondern auch mitgestaltet werden kann. Das Ziel ist anspruchsvoll. Denn man will nicht nur den Koalitionsvertrag in puncto Digitalisierung umsetzen, sondern auch Schnittstelle und Impulsgeber zu anderen Ausschüssen sein.

Darüber hinaus hat der Ausschuss „Digitale Agenda“ die Aufgabe, alle mit der Netzwelt zusammenhängenden Themen - vom Breitbandausbau über intelligente Mobilität und Smart Grids bis hin zu E-Health und Industrie 4.0 - zu bündeln und mit eigenem Sachverstand zu unterstützen. Zahlreiche Punkte für eine digitale Agenda haben CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag bereits festgelegt. Die Synergieeffekte aus den vielfältigen Möglichkeiten der Netzwelt müssten in Zukunft erkannt und stärker als bisher ausgeschöpft werden. Dann wird Deutschland auf die digitalen Herausforderungen bestens vorbereitet sein.

Die Woche im Parlament

Regierungserklärung des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, zum Jahreswirtschaftsbericht 2014. In der Kernzeit am Donnerstag debattierten wir die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte der neuen Bundesregierung, wie sie das Kabinett einen Tag zuvor im Jahreswirtschaftsbericht beschlossen hat. Unter dem Titel „Soziale Marktwirtschaft heute - Impulse für Wachstum und Zusammenhalt“ bringt der Jahreswirtschaftsbericht sehr gut zum Ausdruck, welche Aspekte die Koalition besonders betonen wird. Der Bericht orientiert sich konsequent am Koalitionsvertrag und ist somit Ausdruck zuverlässiger Zusammenarbeit. Unsere zentralen Ziele des Haushaltsausgleichs 2015 und der Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit insbesondere durch nationale Reformen werden umfassend gewürdigt. Mit Blick auf den Mindestlohn strebt die Bundesregierung eine Ausgestaltung an, die keine Arbeitsplätze gefährdet. Das war uns immer besonders wichtig. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält auch eine aktuelle Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für 2014. So erwartet die Bundesregierung im Zuge einer breit angelegten, stetigen Aufwärtsbewegung ein Wirtschaftswachstum von rund 1 ¾ Prozent – nach 0,4 Prozent im Jahr 2013. Die Erwerbstätigkeit steigt voraussichtlich um 240.000 Personen auf 42,1 Mio. an und steuert damit auf einen weiteren Rekordwert zu.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungsgruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 2120 (2013) vom 10. Oktober 2013 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Die Lage in Afghanistan hat sich seit Beginn des ISAF-Mandats, das auf einer Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen basiert, deutlich verbessert. Gleichzeitig sind noch immer Anstrengungen notwendig, um einen Rückfall des Landes in die Herrschaft der Taliban zu verhindern. Die afghanischen Sicherheitskräfte werden die Sicherheitsverantwortung aber in absehbarer Zeit, wahrscheinlich schon am Ende dieses Jahres, selbst übernehmen können. Wir haben in 1. Lesung den Antrag der Bundesregierung beraten, die Beteiligung deutscher Kräfte am Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungsgruppe in Afghanistan bis zu dessen voraussichtlichem Abschluss am 31.12.2014 zu erlauben. Die Personalobergrenze liegt dabei weiterhin bei 3.300 Soldaten, mit Zusatzausgaben von 579,3 Mio. Euro ist zu rechnen. Die Beteiligung der Bundeswehr trägt zur Sicherheit und Stabilität in Afghanistan bei und beweist die Zuverlässigkeit Deutschlands als NATO-Partner. Bereits im Laufe dieses Jahres werden wir mit dem Abzug unserer Soldaten und unseres Gerätes beginnen können.

Änderung der Geschäftsordnung zur besonderen Anwendung der Minderheitenrechte in der 18. Wahlperiode. Linke und Grüne haben bei der Bundestagswahl so schlecht abgeschnitten, dass sie nicht einmal gemeinsam die vorgesehenen Quoren zur autonomen Nutzung bestimmter Minderheitenrechte erreichen. Die Große Koalition hat gleichwohl ein Interesse an einer handlungsfähigen Opposition und hat daher Sonderregelungen für die beiden kleinen Fraktionen geschaffen, die auf diese Wahlperiode beschränkt sind.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Beteiligung an der EU-geführten militärischen Ausbildungsmission EUTM Mali auf Grundlage des Ersuchens der malischen Regierung sowie der Beschlüsse 2013/87/GASP des Rates der Europäischen Union (EU) vom 17. Januar 2013 und vom 18. Februar 2013 in Verbindung mit den Resolutionen 2071 (2012), 2085 (2012) und 2100 (2013) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Die Bundeswehr leistet im Rahmen der EU-geführten militärischen Ausbildungsmission bereits einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung Malis. Die Bundesregierung beantragt eine Aufstockung des deutschen Kontingents in dieser Mission von 180 auf bis zu 250 Soldaten, um mit der anstehenden Verlängerung des Mandats noch gezielter auf die Bedürfnisse der malischen Streitkräfte, insbesondere der dortigen Pioniertruppe, eingehen zu können. Wir haben diesen Antrag in 1. Lesung beraten.

Einsetzung des Ausschusses Digitale Agenda. Mein einem interfraktionellen Antrag wir einen Ausschuss Digitale Agenda eingesetzt, so wie es zu Beginn der Wahlperiode vereinbart worden war. Der Bundestag hat damit künftig einen zentralen Ausschuss zur Diskussion dieser Fragen.

Gesetz über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2014 (ERP-Wirtschaftsplan-gesetz 2014). Mit dem ERP-Sondervermögen verfügt die Bundesregierung über ein wichtiges und wirkungsvolles Instrument zur Förderung der mittelständischen Wirtschaft. Seit der Neuordnung dieses Sondervermögens im Jahr 2007 und der seitdem durch die KfW durchgeführten zinsgünstigen Finanzierung insbesondere für den Mittelstand ist diese Form der Wirtschaftsförderung noch effizienter und kostengünstiger geworden. In diesem Jahr plant die KfW Mittel von knapp 7 Mrd. Euro zu Verfügung zu stellen. Wir stimmten dem Wirtschaftsplan in 2./3. Lesung zu.

Änderung des Abgeordnetengesetzes und Änderung des Europaabgeordnetengesetzes. Mit diesem Gesetz brachten wir in 1. Lesung eine umfassende Reform des Abgeordnetenrechts auf den Weg. So werden die Diäten an das seit 1995 vorgesehene Niveau angehoben, ihre Anpassung künftig an die Lohnentwicklung der Beschäftigten gekoppelt und zugleich Einschnitte bei der Versorgung vorgenommen. Die Maßnahmen folgen den Vorschlägen einer Unabhängigen Expertenkommission. Erweiterung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung. Wie im Koalitionsvertrag zugesagt, erfassen wir durch eine Ergänzung des Strafgesetzbuches korruptive Verhaltensweisen von und gegenüber Mandatsträgern und gehen mit dem Entwurf in die 1. Lesung.

Gesetz zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen. In 1. Beratung widmeten wir uns dem Gesetzentwurf zur stärkeren Ausrichtung des deutschen Insolvenzrechts auf die Bewältigung von Insolvenzen in einem Konzern mit verschiedenen rechtlich selbstständigen Einheiten. Angestrebt wird eine stärker koordinierte Insolvenzabwicklungsmöglichkeit. Die Möglichkeit, alle Unternehmensteile eines Konzerns von einem Insolvenzgericht und einem Insolvenzrichter zu betreuen, wird durch die Änderung von Zuständigkeits- und Verweisungsregelungen geschaffen. Zudem werden Voraussetzungen für die Zusammenarbeit mehrerer Insolvenzgerichte geschaffen und ein neues Konsultationsverfahren eingerichtet. Ziel dieser Veränderung des Insolvenzrechts ist es, Gläubigern den vollen Wert ihrer Ansprüche zu sichern.

Daten und Fakten

Unionsfraktion vorn. Die gemeinsame Fraktion von CDU und CSU im Deutschen Bundestag ist nicht nur die Größte im Hause, ihre Mitglieder erfüllen auch am zuverlässigsten ihre Pflichten. Ablesen kann man das z.B. an der Teilnahme an Abstimmungen im Plenum. Bei den ersten 5 namentlichen Abstimmungen in dieser Wahlperiode wies die CDU/CSU-Fraktion eine Nichtteilnahmequote (wegen Krankheit usw.) von nur 4,6 Prozent auf. Es folgen Linke und Grüne mit je 6,9 Prozent und die SPD mit 7,8 Prozent Nichtteilnahme. Auch bei den insgesamt 267 namentlichen Abstimmungen der vergangenen Wahlperiode belegte die Union mit 5,1 Prozent den Spitzenwert, gefolgt von der FDP (6,3 Prozent), den Grünen (7,2 Prozent), der SPD (9,7 Prozent) und den Linken, deren Abgeordnete eine unglaubliche Nichtteilnahmequote von im Schnitt 14,1 Prozent aufwiesen – was wohl kaum mit dem Krankenstand zu begründen sein dürfte. Bleibt für den weiteren Verlauf der Wahlperiode zu hoffen, dass Linke und Grüne nicht nur lautstark mehr Rechte für Oppositionsfraktionen einfordern, sondern vor allem auch ihre Pflichten gewissenhafter als bisher erfüllen.

(Quelle: Angaben der Bundestagsverwaltung)

 Fraktion im
Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:

Enak Ferlemann MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de

Internet: www.lg-nds.de